

Resolution gegen den Trassenneubau der Y-Trasse für Güterverkehr in der Variante SGV-Y (Maschen-Soltau-Bergen-Celle).

Der Rat der Stadt Bergen fordert die Verantwortlichen der Deutschen Bahn und den Deutschen Bundestag auf, die genannte Ausbauvariante nicht zu realisieren. Der Landkreis Celle und das Land Niedersachsen sind aufgefordert, sich im Sinne dieser Resolution nach Kräften gegen diesen Trassenneubau einzusetzen. Der Rat begrüßt ausdrücklich die Ziele des bürgerschaftlichen Engagements in und außerhalb vom „Aktionsbündnis gegen den Trassenneubau“, das auch das Planungsvorhaben „Höchststromtrasse“ im Bereich des Stadtgebietes beinhaltet.

Begründung:

Es ist unbestritten, dass auch in Zukunft gewährleistet sein muss, dass der stetig steigende Güterverkehr von den norddeutschen Häfen in das Gebiet der übrigen Bundesrepublik verteilt werden muss. Dazu ist ein Ausbau des Bahnverkehrs erforderlich. Bei der Auswahl der zu nutzenden Strecken oder dem Neubau von Bahnstrecken ist jedoch in ganz besonderem Maße auf die örtlichen Besonderheiten Rücksicht zu nehmen. Aus der Sicht der Stadt Bergen schließt dies eine Realisierung der Neubaustrecke durch Bergen definitiv aus.

Bergen gehört zum strukturschwachen Nordkreis Celle und hat jetzt und besonders in den kommenden Jahren mit erheblichen Belastungen durch den Abzug der Britischen Armee zu kämpfen, der auch so schnell nicht kompensiert werden kann, wenn überhaupt. Der Bau der angedachten Bahnstrecke wird die Überwindung der wirtschaftlichen Nachteile unmöglich machen. Die Ortschaft Bergen wäre praktisch nur noch über Korridore zu erreichen und das gesamte Stadtgebiet von Nord nach Süd fast unüberwindlich in zwei Teile getrennt. Die Bewegungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Bergen sind im Westen durch den NATO-Truppenübungsplatz begrenzt. Die Bahntrasse ist parallel dazu nur wenige Kilometer östlich vorgesehen, mit hohen Lärmschutzwänden und tiefen Einschnitte in die Landschaft. Ein Durchkommen wird nur durch wenige „Übergänge“ möglich sein. Eine solche Lösung ist absolut undenkbar und kann nicht hingenommen werden.

Die Trasse würde schwere Schäden durch den massiven Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen, Moor- und Waldflächen verursachen. Dazu kämen erhebliche Umwege für Landwirte, Trennung von Ortschaften, Zerstörung wertvoller Naturschutzgebiete wie den Naturpark Südheide und ein gesteigerter Lärmpegel im ohnehin durch B3 und Truppenübungsplatz Bergen lärmbelasteten Gebiet.

Auch vor dem Hintergrund des großen Flächenverlustes insbesondere der nördlichen Ortschaften Bergens bei der Anlage des Truppenübungsplatzes in der ersten Hälfte der 1930iger Jahre sind erneute harte Einschnitte und Flächenverluste, womöglich wieder durch Enteignung, strikt abzulehnen.

Die Stadt Bergen wird sich im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens zu den Planungen im Sinne dieser Resolution einbringen und weitere fachliche Hinderungsgründe aufzeigen.

29303 Bergen, den 11. Dezember 2014

Rainer Prokop
Bürgermeister